

Neue Rahmenbedingungen: Stärkung der Einheit der europäischen Gewerkschaften nach vollzogenem Brexit

Dokument verabschiedet in der 19. Sitzung des Exekutivausschusses von industriAll Europe
Virtuelle Sitzung, 14. und 15. April 2021

Viele werden den Brexit dazu nutzen wollen, die europäische Gewerkschaftsbewegung zu spalten – unsere Antwort darauf muss die Stärkung der Einheit und Solidarität sein.

Am 30. Dezember 2020 wurde das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich unterzeichnet, und am Ende der Übergangszeit am 31. Dezember 2020 ist das Vereinigte Königreich schließlich mit einem „Deal“ aus der Europäischen Union ausgeschieden. Die Übergangszeit ist beendet, und das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (vorläufig) in Kraft.

Die Bedingungen der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU haben sich geändert. Doch die Gespräche sind noch lange nicht beendet. Der Brexit wird sich weiterhin auf alle Industrie- und Fertigungssektoren sowohl im Vereinigten Königreich als auch in der EU-27 auswirken, und es gibt noch viele offene Fragen, die weitere Verhandlungen und eine Einigung erfordern werden.

Ein katastrophaler No-Deal-Brexit wurde zwar abgewendet, es gibt jedoch zahlreiche Bedenken in Bezug auf die Auswirkungen des Abkommens auf unsere Sektoren, die verschiedenen Wertschöpfungsketten, Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte. Dazu gehören der erhöhte Regulierungsaufwand für die Industrie und nichttarifäre Handelshemmnisse, die trotz substanzieller Bestimmungen zur gegenseitigen Anerkennung von Normen in vielen Unternehmen und Branchen zu Problemen führen dürften.

Wir nehmen mit großer Sorge die zunehmenden Spannungen bei der Umsetzung des Nordirland-Protokolls des Austrittsabkommens und den Druck zur einseitigen Änderung von Teilen des Abkommens durch die britische Regierung zur Kenntnis. Darüber hinaus bleiben viele Fragen offen, da es sich bei dem Abkommen um ein reines Handelsabkommen handelt und weitere Verhandlungen in einer Vielzahl von Bereichen stattfinden müssen.

In den letzten Jahren hat die europäische Gewerkschaftsbewegung eine unglaubliche Solidarität bei der Definition eines gemeinsamen Forderungskatalogs gegenüber beiden Verhandlungspartnern und gegenüber den Arbeitgebern auf allen Ebenen gezeigt. Nach Jahren des politischen Gerangels ist eine Brexit-Müdigkeit unvermeidlich.

Der Brexit war in gewisser Hinsicht ein einmaliges politisches Ereignis, da zuvor kein anderer Mitgliedstaat die EU verlassen hat, er ist jedoch auch ein Symptom für allgemeinere Bestrebungen, die Einheit der europäischen Arbeitnehmer*innen zu brechen und zu spalten.

Diese Spaltungen stellen die europäische Gewerkschaftsbewegung vor große und schwerwiegende Herausforderungen, weshalb wir hier und jetzt unser Bekenntnis zu Solidarität und Zusammenarbeit bekräftigen müssen – wir dürfen und werden nicht zulassen, dass politische Spaltungen zwischen Nationalstaaten und der EU zu Spaltungen innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung führen.

Diese Zusammenarbeit wird ein Umdenken erfordern, wie wir uns innerhalb der gesamteuropäischen Gewerkschaftsbewegung neu organisieren. Unsere Verbände auf europäischer Ebene sind der Ort, an dem wir aktiv Solidarität mit Beschäftigten und Gewerkschaften aus ganz Europa, nicht nur der EU, pflegen.

Unsere Verbände sind europäische Verbände, die nicht auf EU-Angelegenheiten und -Belange beschränkt sind – sie decken 38 Länder ab.

Multinationale Unternehmen und opportunistische Regierungen werden nicht zögern, in ihrem Bestreben, Kosten und Arbeitsstandards zu drücken, Spaltungen auszunutzen und zu vertiefen. Unsere Antwort als europäische Gewerkschaftsbewegung muss darin bestehen, dass wir unsere Anstrengungen verdoppeln, die Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den europäischen Gewerkschaften zu vertiefen und zu stärken, denn davon hängt das Wohlergehen aller von uns vertretenen Beschäftigten ab.

Die europäischen Gewerkschaftsverbände haben eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der gewerkschaftlichen Koordinierung und Zusammenarbeit in multinationalen Unternehmen gespielt, und wenn wir uns in Zukunft den Versuchen der multinationalen Unternehmen, die Arbeitnehmer*innen gegeneinander auszuspielen, erfolgreich widersetzen wollen, werden wir diese Anstrengungen sogar noch verstärken müssen.

Es ist klar, dass die britische Regierung einen Angriff auf die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sowie die Arbeitsnormen vorbereitet, insbesondere auf die durch die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union erworbenen Arbeitnehmerrechte.

Jede Einschränkung dieser Rechte wäre nicht nur extrem nachteilig für die Arbeitnehmer*innen im Vereinigten Königreich, sondern würde auch eine enorme Bedrohung für die Beschäftigten in ganz Europa darstellen, da es dadurch zu einem Abwärtsdruck und der Gefahr von „Concession Bargaining“ kommen würde. Durch konzertierte Bemühungen Anfang Januar in Großbritannien und im Rest Europas konnte der erste Versuch einer Deregulierung von Arbeitnehmerrechten abgewehrt werden.

Wir dürfen uns nicht in Sicherheit wiegen und müssen auf künftige Versuche vorbereitet sein, die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte zu schwächen oder abzubauen.

Trotz der Verpflichtung der EU und des Vereinigten Königreichs, „gleiche Wettbewerbsbedingungen“ aufrechtzuerhalten, sind die im Abkommen enthaltenen Verfahren zu deren Durchsetzung zahnlos und komplex in der Anwendung. Wir werden die Interessen unserer Mitglieder voraussichtlich durch traditionelle gewerkschaftliche Koordinierung und kollektive Maßnahmen verteidigen und nicht durch rechtliche Schritte.

Dies wird in der Praxis mehr Entschlossenheit und verstärkte Anstrengungen erfordern, um durch intensiveren Dialog und engere Zusammenarbeit auf allen Ebenen sicherzustellen, dass Mobilisierung möglich ist und Druck auf die politischen Player in der EU und im Vereinigten Königreich ausgeübt wird, um die Rechte und Normen des Vereinigten Königreichs und der EU zu verteidigen. Die Verteidigung bestehender Rechte und die Hoffnung auf gestärkte beiderseitige Rechte wird von einer engen Koordinierung zwischen unseren Gewerkschaften und der Ausübung von politischem Druck im Vereinigten Königreich und in der EU-27 abhängen.

Unsere Bewegung baut auf den Grundprinzipien des Kollektivismus und der Solidarität auf. Diese bildeten schon immer das Fundament unserer europäischen und breiter angelegten internationalen Arbeit. IndustriAll Europe bekräftigt hiermit ihre kollektive Identität und ihre Verpflichtung, diese Prinzipien aufrechtzuerhalten und die europäische Gewerkschaftsarbeit zu stärken, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern.

IndustriAll Europe wird daher sicherstellen, dass diese Verpflichtung in die Dokumente für den Kongress im Juni 2021 und die daran anschließenden Arbeitsprogramme und Aktionspläne einfließt.